

und alle brauchen die Republik“ vollzog sich in den Monaten und Wochen vor der Wahl schon eine echte Volksabstimmung, eine Abstimmung mit Taten zum Nutzen der Republik und jedes einzelnen. Es entwickelte sich eine umfassende Wettbewerbsbewegung, um die Beschlüsse des VI. Parteitages zu verwirklichen. Sie war darauf gerichtet, den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen und die Plantermine der wichtigsten Staatsplanvorhaben zu sichern. Diese Volksinitiative förderte das ökonomische Denken der Werktätigen und war von entscheidender Bedeutung beim schrittweisen Übergang zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung.

Stärker als jemals zuvor beteiligten sich Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung an der Aussprache über die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Sie berieten gemeinsam mit ihren Kandidaten, wie die Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in den Betrieben und Genossenschaften, in den Städten und Gemeinden noch besser gelöst werden können. Weite Kreise der Bevölkerung arbeiteten unmittelbar bei der Aufstellung und Prüfung der Kandidaten, bei der Leitung der Wahl und der Kontrolle der Einhaltung der wahlrechtlichen Bestimmungen mit.

Die einmütige Zustimmung der Wähler für die Kandidaten der Nationalen Front war ein eindrucksvolles Bekenntnis der gesamten Bevölkerung zum Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Bei einer Wahlbeteiligung von 99,25 Prozent der wahlberechtigten Bürger stimmten 99,95 Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front und ihr Wahlprogramm.

Die Zusammensetzung der aus dieser Wahl hervorgegangenen Volkskammer entspricht den verantwortungsvollen Aufgaben, die sie zu erfüllen hat. 245 der 500 Abgeordneten sind ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter. 108 Abgeordnete kommen aus den führenden Zweigen der Industrie, 78 aus der sozialistischen Landwirtschaft. 137 Frauen wurden in die oberste Volksvertretung gewählt.

Die Volkskammer konstituierte sich am 13. November 1963 und wählte auf Vorschlag des Zentralkomitees der SED, des Zentralen Demokratischen Blocks und aller Fraktionen der Volkskammer den Genossen Walter Ulbricht erneut zum Vorsitzenden des Staatsrates. Sie billigte einmütig die Erklärung des Ministerrates und sprach der neugebildeten Regierung ihr Vertrauen aus.